

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tagblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— — — Erscheint an jedem Werktag — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Roffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; sämtlich 1 mm  
30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Bretznig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Treibersdorf, Thelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Fricke's Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 28

Montag, den 3. Februar 1930

82. Jahrgang

## Das Wichtigste

Der Reichspräsident empfing am Sonntag nachmittags den privaten  
Besuch des Königs von Dänemark, der sich auf der Durchreise nach  
der Riviera einige Stunden in Berlin aufhielt.  
In Berlin fand am Sonntag früh die erste Priesterweihe statt. Die  
Weihehandlung vollzog der apostolische Administrator des Bistums  
Berlin, Bischof Dr. Schreiber, an neun Priesteramtskandidaten.  
Der Sonntag in Berlin verlief vollkommen ruhig. Auch die kleinen  
Auseinandergerichte zwischen Andersdenkenden, die in der Nacht  
auf Sonntag verschiedentlich der Polizei zu schaffen machten, haben  
sich nicht wiederholt. Bis Sonntag früh waren nach dem amtlichen  
Polizeibericht 27 Personen zwangsgestellt worden.  
Bei Ausgrabungen in der Villa des Dionys umweit Pompeji wurde  
eine wertvolle fast vollständig erhaltene Statue von 1,90 m Höhe  
gefunden, die nach dem Urteil von Sachverständigen aus der Kaiserzeit  
stammt.

## Vertilge und sächliche Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Eine Wochenendtagung) der Land-  
besatzung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst  
findet bekanntlich in Pulsnitz in der Handelschule am Sonn-  
abend, den 8. Februar, abends 8 Uhr, und am Sonntag,  
den 9. Februar, vormittags 11 Uhr statt. Es sei auf diese  
Vorträge nochmals besonders aufmerksam gemacht. Eintritts-  
karten sind in beschränkter Zahl auch noch am Eingang des  
Vortragsraumes zu haben.

— (Das Wetter im Februar.) Nach Erfah-  
rung und Wunsch des Landmannes muß auch der Februar  
ein ruffiger, kraftvoller Wintermonat sein. Schon gleich dem  
Wetter am Lichtmessfest mißt der Bauer große Bedeutung  
bei: Scheint die Sonne an Lichtmess hell, kommt noch viel  
Schnee zur Stell'. — Dorothe bringt den meisten Schnee.  
— Viel Nebel im Februar, viel Regen im Jahr. — Horn-  
ung hell und klar gibt ein gutes Flachsjahr. — Februar  
baut manche Brück, März bricht ihnen das Genick. — Wenn  
im Hornung die Rücken schwächen, muß man im März die  
Ohren wärmen. — Matheis bringt Eis, hat er keins, so  
macht er eins. — Nachts der Februar getroffen, so bringt  
der März den Frost. — Petri Stuhlfest kalt, so hat die  
Kalt ein Halt. — An Romanus hell und klar, bringt ein  
gutes Jahr. — Im Februar muß die Verch auf die Haib,  
mag's ihr lieb sein oder leid.

— (Gehilfen-Prüfungen in der Metall-  
industrie.) Die Industrie- und Handelskammer zu Bittau  
teilt mit, daß das bei ihr bestehende Prüfungsamt für In-  
dustrielehrlinge im März 1930 Gehilfenprüfungen für die  
Metallindustrie abhält. Das Prüfungsamt hat für folgende  
Berufsgruppen Prüfungs-Ausschüsse gebildet: Schlosser,  
Schmiede, Dreher, Former, Werkzeugmacher, Elektroinstalla-  
teure, Stellmacher, Tischler. Anmeldungen zu dieser Prü-  
fung sind bis spätestens 20. Februar 1930 bei dem Prü-  
fungsamt unter Verwendung besonderer Antragsvordrucke  
einzureichen. Anmeldevordrucke können kostenlos von der Kam-  
mer bezogen werden. Die Prüfungsgebühr beträgt 10 RM.

— (Briefmarken in neuer Farbe.) Die Post-  
verwaltung hat eine Farbenänderung der 10 Pfennig- und  
der 20 Pfennig-Marken beschlossen. Die 10 Pfennig-Marken  
werden in rotvioletter und die 20 Pfennig-Marken in silber-  
grauer Farbe hergestellt werden.

— (Handlungsgehilfen-Prüfungen.) Die  
Industrie- und Handelskammer zu Bittau hat Anfang vorigen  
Jahres Handlungsgehilfen-Prüfungen auf freiwilliger Grund-  
lage eingerichtet. Sie sind zunächst nur versuchsweise durch-  
geführt worden. Da sie sich als nützlich erwiesen haben,  
sollen sie bis auf weiteres beibehalten und alljährlich Oster-  
abgehalten werden. Anmeldungen zur Handlungsgehilfen-  
Prüfung sind bis spätestens 20. Februar 1930 bei  
der Industrie- und Handelskammer auf besonderen Vordrucken  
zu bewirken. Anmeldevordrucke können von der Kammer  
bezogen werden. Die Prüfungsgebühr beträgt 10 RM.

— (Auswertungsarbeit und Kirchenvertrag.)  
Die Sächsl. Evang. Korrespondenz schreibt: Den Sächsischen Land-  
tag beschäftigt zur Zeit wieder der Vertrag, den Staat und Kirche  
miteinander schließen sollen, der vom früheren Ministerpräsidenten  
Selbst wie vom Präsidenten des Evang.-luth. Landeskonföderations-  
D. Dr. Seezen schon unterschrieben war, nun aber noch der Zu-  
stimmung des inzwischen neu gewählten Landtages wie der neuen  
14 ordentlichen Evang.-luth. Landesräte bedarf. In einer Voll-  
ziehung am 14. Januar hatte der Landtag nach gründlicher Aus-

## Die kommunistische Aktion zusammengebrochen

Nur kleinere Zusammenstöße in Berlin — In Hamburg Ruhe

Berlin. Die von der kommunistischen Partei für  
Berlin und Hamburg angekündigten „Hungermärsche“  
wurden durch die energischen Polizeimaßnahmen überall  
schon im Keime erstickt. Kleinere Ausschreitungen in allen  
Teilen der Reichshauptstadt wurden durch die Wachsamkeit  
der Polizeitruppen sehr rasch lokalisiert, und die verhafteten  
Demonstranten brachten den eindeutigen Beweis, daß es fast  
nur Jugendliche waren, die dem Ruf auf die Straße gefolgt  
waren.

In mehreren Stellen Berlins versuchten die Kom-  
munisten, Züge zu bilden und sich zu Kundgebungen zu-  
sammenzuwerten. So mußte die Polizei u. a. in Treptow,  
Oberschöneweide, im Tiergartenviertel, in der Kottbuser  
Straße, Brunnenstraße, Turmstraße, am Hilowplatz und  
am Maybachplatz eingreifen. Vor dem Hause Weidenweg 79  
umzingelten die Kommunisten eine Polizeiabteilung und  
schlugen sie zu Boden. An allen anderen Plätzen konnte  
sich die Polizei der Kundgeber mit dem Gummiknüppel  
erwehren. Vielfach zertrüben die Züge schon beim Erscheinen  
der Polizei. Im ganzen wurden 20 Personen verhaftet,  
neun Polizeibeamte erlitten leichte Verletzungen.

Kleine Ansammlungen von Demonstranten an ver-  
schiedenen Stellen der Stadt Hamburg, so in Barmbeck,  
in Einsbüttel, am Millerntor, am Großneumarkt und am  
Rathausmarkt, haben sich bei Erscheinen der Polizei schnell  
aufgelöst. Im übrigen ist der Abend ruhig verlaufen.

### Ruhiger Sonntag in der Reichshauptstadt.

Auch in Hamburg keine wesentlichen Zu-  
sammenstöße.

Die Kommunisten setzten die ganze Nacht vom Sonnabend  
auf Sonntag über die Versuche fort, Züge zu bilden. Alle  
diese Versuche wurden jedoch von der Polizei vereitelt. Von  
der Schußwaffe wurde nirgends Gebrauch gemacht.  
Lediglich in der Bergstraße in Neudölln gab ein schwer  
bedrängtes Ueberfallkommando einen Schreckschuß ab. Ein  
Beamter dieses Kommandos wurde durch Messerstiche verletzt.  
Auf Seiten der Kundgeber wurde eine Person durch einen  
Gummiknüppel verwundet. Insgesamt wurden 26 Per-  
sonen zwangsgestellt. Bei einem der Zwangsgestellten wurde  
eine Schußwaffe gefunden.

Die in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verhaf-  
teten 76 Funktionäre der Kommunisten wurden vom  
Polizeipräsidium wieder entlassen. Schwache Be-  
suche der Kommunisten, in der inneren Stadt und in einigen  
äußeren Stadtteilen Demonstrationszüge zu bilden, konnten  
von der Polizei im Keime erstickt werden. Von der Schuß-  
waffe wurde nicht Gebrauch gemacht. In Hamburg wurden  
einige Straßenschilder ausgedreht, die nach kurzer Zeit von  
den Gaswerten wieder in Betrieb gesetzt wurden. Die Täter  
konnten in ihren Stammtischen festgenommen werden. Aus  
einigen kommunistischen Lokalen wurden insgesamt etwa  
100 Personen festgesetzt.

## Die verhafteten Kommunisten bis auf 8 wieder freigelassen

Berlin, 2. Febr. Die am Freitag verhafteten 76  
Kommunisten sind alle wieder freigelassen worden. Von den  
während der Unruhen am Sonnabend verhafteten 26 Kom-  
munisten sind 8 in Haft belassen worden, die am Montag  
dem Richter vorgeführt werden sollen.

### Moskau als Beobachter.

Welches Interesse die Moskauer Sowjets an den kom-  
munistischen Unruhen in Deutschland nehmen, zeigt ein  
Artikel der „Pravda“, des amtlichen Organs der Sowjet-  
regierung, in dem die blutigen Zusammenstöße in Hamburg  
als „Selbstmord des deutschen Proletariats“ und als  
„Wetterleuchten für die kommunistische Re-  
volution“ bezeichnet werden. Das Blatt sieht in den Un-  
ruhen den Beginn eines „Generalangriffs“ der deutschen  
Kommunisten.

### Um das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

Berlin. Zur Klärung der Frage, inwieweit die preu-  
ßische Regierung das Reich für die aus dem deutsch-  
polnischen Liquidationsabkommen entstehenden  
Schäden ersatzpflichtig machen kann, hat eine sogenannte  
Chefsprechung in der Reichskanzlei stattgefunden. Daran

nahmen teil der Reichszentraler, der Reichsaußenminister, der  
Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister.  
Preußen war durch den Ministerpräsidenten Braun und  
den Finanzminister Höpfer-Aischoff vertreten. In  
dieser Sitzung hat die preußische Regierung ihre Wünsche  
vorgebracht, die sich

auf Ersatzleistung des Reiches für den von Polen  
übernommenen preußischen Staatsbesitz erstrecken.

Ebenso kommt die Schadloshaltung preußischer Staatsange-  
höriger in Betracht, die von dem deutsch-polnischen Liqui-  
dationsabkommen getroffen werden. Bekanntlich steht die  
Regelung dieser juristisch sehr schwierigen und finanziell sehr  
weitreichenden Angelegenheit in Zusammenhang mit der  
Stellungnahme der preußischen Regierung bei der Abstim-  
mung des Reichsrats über das Liquidationsabkommen.

## Misstrauensantrag gegen den preußischen Ministerpräsidenten?

Im Preußischen Landtag ist folgender Antrag ein-  
gebracht worden: Der sozialdemokratische Ministerpräsident  
hat einen Sozialdemokraten zum Kultusminister ernannt  
Damit hat die Sozialdemokratische Partei, die bereits über  
die Führung der Staatsgeschäfte und über das wichtige  
Ministerium des Innern verfügt, nunmehr auch das für  
die kulturellen und religiösen Belange der Bevölkerung aus-  
schlaggebende Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volks-  
bildung in die Hand bekommen. Zweifellos wird die Sozial-  
demokratische Partei nun bestrebt sein, insonderheit auch  
durch die Jugenderziehung ihre sozialistischen mit den Grund-  
sätzen des Christentums in Widerspruch stehenden Ziele in  
weitestgehendem Maße zu verwirklichen. Die Ernennung  
des sozialdemokratischen Kultusministers hat eine tiefgehende  
Erregung in der vorwiegend christlich eingestellten Bevölke-  
rung beider Konfessionen hervorgerufen, die es nicht ver-  
stehen kann, daß andere als sozialistische Parteien sich mit  
der Ernennung eines sozialdemokratischen Kultusministers  
einverstanden erklären können. Der Landtag wolle be-  
schließen: Der Landtag entzieht dem Herrn Ministerpräsi-  
denten das Vertrauen.

### Die Beamtenghälter.

Zu den umlaufenden Gerüchten in Parlamentskreisen  
und den Mitteilungen der Zeitschrift des Deutschen Beamten-  
bundes über eine geplante Kürzung aller Gehälter wird von  
zuständiger Amtsstelle erklärt: Ein solcher Plan wäre nie-  
mals im Schoße der Reichsregierung erwogen worden. Was  
ferner die Mitteilungen über eine Beitragsbeteiligung der  
Beamten zur Arbeitslosenversicherung anlangt — es wurde  
hier verschiedentlich von einem fünf- bis zehnprozentigen  
Beitrag gesprochen —, so seien solche Vorschläge allerwärts  
von verschiedenen Seiten erörtert worden, aber niemals  
von verantwortlichen Stellen.

## Um die Sanierung der Reichsfinanzen

Beginn der interfraktionellen Besprechungen.

Im Zusammenhang mit den Beratungen der Reichsrats-  
ausschüsse über den Young-Plan und das deutsch-polnische  
Liquidationsabkommen fanden Sonderbesprechungen beim  
Reichszentraler mit den Vertretern der preußischen Regierung  
statt, da der Preußische Landtag die preußische Regierung  
aufgefordert hat, ihre Zustimmung zum deutsch-polnischen  
Liquidationsabkommen zu verweigern.

Diese Woche wird das Reichskabinett mit den Führern  
der Regierungsparteien des Reichstages eine interfraktionelle  
Besprechung abhalten, in der vor allem die Grund-  
lage des Etats und der Finanzreform sowie der  
Steuergeetze behandelt werden soll. Man wird entsprechend  
dem Wunsche des Zentrums dahin streben, gewisse

### interfraktionelle Bindungen für die Erledigung der Finanzreform

zustande zu bringen, da eine parlamentarische Verabschiedung  
der entsprechenden Gesetze vor der Ratifizierung des Young-  
Plans terminmäßig nicht mehr möglich erscheint. In dieser  
Parteilührerbesprechung wird wohl vor allem auch die Frage  
der Neugefaltung der Steuergeetze stark im Vordergrund  
stehen, wobei es sich wiederum insbesondere um das Problem  
handelt, ob man auf dem Wege über die Biersteuer oder  
einer Erhöhung der Umsatzsteuer um 4 Prozent zu einer  
Sanierung der Reichsfinanzen gelangen kann.

